

Titel Gleiches Recht für alle – überkommene Adelsprivilegien kappen!

AntragstellerInnen Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Gleiches Recht für alle – überkommene Adelsprivilegien kappen!

1 Der Bundeskongress der Jusos Deutschland möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

2 **Forderungen:**

3 • Die sozialdemokratischen Bundesminister*innen werden aufgefordert, in den laufenden Verhandlungen und
4 im Rechtsstreit zwischen dem sogenannten "Haus Hohenzollern" und der Bundesrepublik Deutschland sowie
5 den Ländern Berlin und Brandenburg eine klare Position einzunehmen: Die Gutachten von Prof. Clark, Prof.
6 Brandt und Dr. Milanowski belegen, dass das "Haus Hohenzollern" dem NS-Regime erheblich Vorschub geleis-
7 tet hat.[1]¹ Damit war die entschädigungslose Enteignung des "Hauses Hohenzollern" durch die sowjetische
8 Besatzungsmacht rechtmäßig. Aufgrund dieser historischen Fakten darf ein Prozessrisiko nicht gescheut und
9 kein Vergleich mit den Erben der Nazikollaborateur*innen angestrebt werden. Die Verhandlungen mit der
10 Familie Hohenzollern müssen sofort beendet werden und vor Gericht weitergeführt werden - wie es sich in
11 einem demokratischen Rechtsstaat gehört.

12

13 • Die Nazi-Verstrickungen der anderen sogenannten "Adelshäuser" - und insbesondere der ehemals herrschen-
14 den Aristokrat*innen - müssen umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Sollten im Zuge dieser Auf-
15 arbeitung historische Belege für Verstrickungen und Verbrechen der sogenannten "Adelshäuser", insbeson-
16 dere in den ehemaligen westlichen Besatzungszonen, gefunden werden, die möglicherweise aus politischen
17 Gründen der konservativ-reaktionären Adenauer-Zeit nicht angemessen verfolgt wurden, sind diese nach der
18 Maßgabe der Entnazifizierung nach heutigem Recht entsprechend zu belangen. Der Unterschied der Behand-
19 lung der sogenannten "Adelshäuser" zwischen Ost- und Westdeutschland ist unsachgemäß und ungerecht.
20 Für den heutigen Umgang mit ihnen gilt: Wer dem Faschismus einen erheblichen Vorschub geleistet hat oder
21 Profiteur der Terrorherrschaft war, ist um den Besitz zu enteignen, der durch die Nazi-Kollaboration gemehrt
22 wurde oder die Vorschub-Leistung ermöglichte.

23

24 • Wir fordern eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen der sogenannten "Adelshäusern", die ihren
25 enormen Reichtum durch jahrhundertelange, systematische Ausbeutung erhielten und zu deren Aufrecht-
26 erhaltung sie unmenschliche Gräueltaten begangen. Insbesondere die machtpolitischen Kontinuitäten und
27 die gesellschaftlichen Folgen des Ausbeutung von Millionen von Menschen bis zum heutigen Tage müssen
28 in die bundesrepublikanische Erinnerungs- und Gedenkkultur integriert werden. Viel zu häufig wird die Aris-
29 tokratie und Monarchie vollkommen verklärt, was nicht nur reaktionär ist, sondern auch Demokratiefeind-
30 lichkeit und ein menschenverachtendes Weltbild fördern kann. Die Resonanz, die die Vorstellung "gottge-
31 gebener" Eliten und Herrschaft und einer damit zutiefst anti-egalitären Bewertung der Menschen bis heute
32 entfaltet, ist wenig bewusst und oft unterschätzt - wie die gegenwärtige Renaissance von Reichsflaggen im
33 besorgten-Bürger-Milieu zeigt. Hierzu ist eine Bundesstiftung mit dem Auftrag der aktiven Erinnerungspolitik,
34 der Bildungs- und Gedenkstättenarbeit zu gründen und auskömmlich auszustatten. [2]²

35

36 • Die Privilegierung von Aristokrat*innen drückt sich auch im deutschen Namensrecht aus. Eine Reform nach ös-
 37 terreichischem Vorbild kann die bis heute herrschende Sonderrolle des Adels beenden, indem aristokratische
 38 Titel und Prädikate kein Bestandteil des "bürgerlichen" Namens mehr sind. Standesbewusste Aristokrat*innen
 39 können sich ab Geburt "ihre" Titel als "Künstlernamen" eintragen lassen. Ein praktischer Nebeneffekt dieser
 40 Reform wäre eine Entlastung der Verwaltung.

41

42 • Burgen, Schlösser und Kunstgegenstände von erheblicher kultureller Bedeutung sind kein Privateigentum von
 43 privilegierten Erb*innen, sondern öffentliche Kulturgüter - schließlich wurden sie in der Regel aus Steuermit-
 44 teln, staatlichen Apanagen oder Geld zwielichtiger Herkunft finanziert. Grundsätzlich sollte Kulturgut von na-
 45 tionaler Bedeutung sich im öffentlichen Besitz befinden und die staatliche Hand darauf hinwirken. Ferner ist
 46 das Kulturgutschutzgesetz derart zu überarbeiten, dass es den international üblichen Anforderungen zum
 47 "Schutz nationaler Kulturgüter" entspricht[3]³ und auf Immobilien ausgeweitet wird.

48

49 • Sind Besitzer*innen von Immobilien, die als "national bedeutsame Kulturgüter" klassifiziert sind, nicht in der
 50 Lage die denkmalschutzgerechte Sanierung aus Eigenmitteln zu bestreiten, werden Zuschüsse aus öffentli-
 51 chen Mitteln nur dann gewährt, wenn anteilig der Besitz an den Immobilien auf die mittelgebende öffentliche
 52 Körperschaft übertragen wird. Sind die Immobilienbesitzer*innen nicht in der Lage die denkmalgeschützten
 53 Immobilien angemessen zu unterhalten, sind im Sinne des Denkmalschutzes Maßnahmen der Gebäudesi-
 54 cherung und -unterhaltung zu Lasten der Besitzer*innen zu ergreifen. Wenn diese nicht in der Lage sind die
 55 Kosten zu bestreiten, ist die Immobilie der öffentlichen Hand zuzuführen.

56 [1]⁴ sämtlichst mit weiteren Quellen unter <http://www.hohenzollern.lol/>⁵

57

58 [2]⁶ s. schon Bernt Engelmann, „Wir Untertanen“(1974)

59

60 [3]⁷ Einen Überblick über die Lücken des Kulturgutgesetzes findet sich an dieser Stelle: [https://www.deutschland-
 61 funk.de/ein-jahr-kulturgutschutzgesetz-ausnahmeregelungen.724.de.html?dram:article_id=391526](https://www.deutschland-funk.de/ein-jahr-kulturgutschutzgesetz-ausnahmeregelungen.724.de.html?dram:article_id=391526)

62 *Begründung*

63 **Hinführung:**

64 Unserer Vision einer solidarischen Gesellschaft der Freien und Gleichen wohnt das Versprechen inne, dass jede*e
 65 Einzelne die Möglichkeit hat, sich unabhängig äußerer Bedingtheiten selbst zu verwirklichen. Dieses individuelle Auf-
 66 stiegsversprechen wird aber zu häufig durch die exorbitanten Vermögensungleichheiten in Deutschland konterkariert,
 67 die der individuellen Selbstverwirklichung und einer solidarischen Gesellschaft im Wege steht. Während die innerpar-
 68 teiliche Debatte um tatsächliche und vermeintliche Leistungsträger*innen, die gerechte Besteuerung von Vermögen
 69 und Erbschaften endlich an Fahrt gewinnt, verbleibt eine zu reiche und mächtige Bevölkerungsgruppe vornehm im
 70 Hintergrund: Der Adel.

71

72 Um den Jahreswechsel 2019/2020 wurden Zwischenergebnisse der Geheimverhandlungen zwischen der Bundesre-
 73 gierung und dem sogenannten "Haus Hohenzollern" publik[1]⁸. Diese Zwischenergebnisse zeigen nicht nur das Schei-
 74 tern des aristokratie-freundlichen Kurses der Verhandlungsführerin Monika Grütters (CDU), sondern auch die Not-
 75 wendigkeit, die Verhandlungen aus den verschwiegenen Hinterzimmern in die Öffentlichkeit der Gerichte zu verlegen.
 76 Vor diesem Hintergrund fordern wir von den demokratisch legitimierten Entscheidungsträger*innen das Einnehmen
 77 einer aristokratie-kritische Haltung in den Auseinandersetzungen und darüber hinaus grundsätzlich die Überwindung
 78 noch bestehender adeliger Privilegien.

79 [1]⁹ Ein Überblick bietet der folgende Artikel: [https://www.tagesspiegel.de/kultur/streit-ueber-kunst-und-
 80 sammlungsobjekte-hoffnung-auf-faire-einigung-mit-hohenzollern-schwindet/25370156.html](https://www.tagesspiegel.de/kultur/streit-ueber-kunst-und-sammlungsobjekte-hoffnung-auf-faire-einigung-mit-hohenzollern-schwindet/25370156.html)

81

82 **Begründung:**

83 Um den Jahreswechsel 2019/20 wurden Details über die Verhandlungen zwischen dem sogenannten “Haus Hohen-
84 zollern” und Vertreter*innen von Bund und den betroffenen Ländern bekannt: So forderte die Familie nicht nur die
85 Rückgabe einer Vielzahl von Immobilien und Gegenständen sondern auch ein Wohnrecht auf Schloss Cecilienhof.
86 Um diese Forderung durchzusetzen, schreckt die Familie nicht davor zurück Historiker*innen einzuschüchtern und
87 durch das Einfordern von Unterlassungserklärungen die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken.[1]¹⁰ Dieses Auftreten
88 zeigt, dass die Familie Hohenzollern offenkundig immer noch nicht in der freiheitlichen Demokratie angekommen ist,
89 sondern sich in der Tradition ihrer größtenwahnsinnigen Vorfahren sieht, die über dem Gesetz standen. Dieses anti-
90 demokratische Verständnis liegt zum einen in einer mangelhaften gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung der Verbre-
91 chen der Aristokratie und zum anderen an der materiell begründeten faktischen Macht, über die viele aristokratische
92 Familien bis heute verfügen.

93 Dieser Antrag leistet auf beiden Ebenen einen Beitrag zur Kappung der überkommenen Adelsprivilegien - so können
94 materielle Ungerechtigkeiten ausgeglichen und rechtliche wie symbolische Privilegien kritisch aufgearbeitet und ab-
95 geschafft werden. Auf dieser Weise wird die vollkommen ungerechtfertigte Sonderstellung einer zahlenmäßig kleinen
96 aber wirtschaftlich und symbolisch reichen Bevölkerungsgruppe beendet, die im Kern auf Ausbeutung beruht und
97 den egalitären Charakter der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft untergräbt.

98

99 Die sozialdemokratische Bewegung kämpfte stets nicht nur für die Rechte der Unterprivilegierten, sondern auch
100 gegen illegitime Rechte der Privilegierten. In der Gründungszeit der Arbeiter*innenbewegung war dieser Kampf im
101 Wortsinn noch ein Kampf um Leben und Tod, so versuchte der Aristokrat Bismarck mit seinem Sozialistengesetz der
102 Sozialdemokratie das Rückgrat zu brechen. Während der Novemberrevolution fegte die Arbeiter*innenbewegung
103 die Monarchie weg, konnte die ungerechtfertigten Privilegien einzelner Aristokrat*innen nicht ausmerzen. So schei-
104 terte die von der SPD unterstützte Volksabstimmung über die entschädigungslose Fürst*innenenteignung 1926 trotz
105 einer Zustimmung von 93% durch einen Abstimmungsboykott am nötigen Quorum. Gegen die Volksabstimmung for-
106 mierte sich ein konservativ-reaktionäres Bündnis von den Kirchen über die sogenannten bürgerlichen Parteien bis
107 zu den Deutschnationalist*innen. Dieses monarchistische Bündnis unterstützte später die Nationalsozialist*innen in
108 deren Kampf gegen die Demokratie und leistete teils erheblichen Vorschub für die Terrorherrschaft und profitierte
109 teils erheblich von ihr. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde mit den Verbrechen und Verstrickungen der
110 Aristokrat*innen sehr unterschiedlich umgegangen. Während in der sowjetischen Besatzungszone adlige Nazikol-
111 laborateure zurecht enteignet wurden, wurden die gleichen Regeln in den westlichen Besatzungszonen wesentlich
112 lascher angewandt. Ein Grund hierfür ist der angebrochene Systemwettstreit zwischen Ost und West, in welchem die
113 westlichen Besatzungsmächte in den adligen Familien einflussreiche Verbündete im Kampf gegen die “kommunisti-
114 schen Gefahr” fanden, sodass diese häufig nicht angemessen belangt und ihre Verbrechen unter einem Mantel des
115 Schweigens gehüllt wurden.

116

117 Da die Verbrechen des Nationalsozialismus aber nicht verjähren dürfen, müssen die Verbrechen der Adelsfamilien
118 aufgearbeitet und gesühnt werden. Das betrifft insbesondere Besitztümer, die Aristokrat*innen als Profiteure des
119 Faschismus anhäufte und solche, die sie einsetzten, um dem Nationalsozialismus Vorschub zu leisten. Die histori-
120 sche Rolle von Aristokrat*innen ist bislang kaum kritisch aufgearbeitet. Das betrifft sowohl deren Verstrickungen in
121 die Verbrechen des Nationalsozialismus als auch deren historische Rolle während der letzten Jahrhunderte. Häufig
122 werden mit dem Adel ritterliche und höfische Tugenden assoziiert, die nicht nur ein Ausgangspunkt der Konstruktio-
123 n patriarchaler Gesellschafts- und Geschlechterbilder sind, sondern auch Aristokrat*innen in einem positiven Licht
124 erscheinen lassen. Diese historisch gewachsene Konnotation ist nicht angemessen ist, da die Privilegierung von Arist-
125 tokrat*innen in der Regel auf Ausbeutung, Krieg oder Zwangsheiraten beruhen. Vor diesem Hintergrund wird deut-
126 lich, dass eine umfassende historische Aufarbeitung der Rolle des Adels ein besseres Verständnis des grundsätzlich
127 reaktionären Charakters der Aristokratie offenbart und so Aristokrat*innen die Möglichkeit zur Aufarbeitung und
128 Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft bietet.

129 [1]¹¹ Mehr dazu: [https://www.tagesspiegel.de/berlin/historiker-reagiert-im-hohenzollern-streit-ihr-vorgehen-greift-
130 die-freiheit-der-wissenschaft-an/25357654.html](https://www.tagesspiegel.de/berlin/historiker-reagiert-im-hohenzollern-streit-ihr-vorgehen-greift-die-freiheit-der-wissenschaft-an/25357654.html)